

In einem UN-Report zur Umsetzung des "Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe" werden schwere Vorwürfe gegen die USA erhoben.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 195/14 – 08.12.14

In einem UN-Report wird der US-Regierung vorgeworfen, nicht gegen Folterungen und polizeiliche Übergriffe einzuschreiten

Von Patrick Martin

World Socialist Web Site, 29.11.14

(<http://www.wsws.org/en/articles/2014/11/29/pers-n29.html>)

Das UN-Komitee gegen die Folter hat unter http://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CAT/Shared%20Documents/USA/INT_CAT_COC_USA_18893_E.pdf einen längeren Report veröffentlicht, in dem das Verhalten von 156 Staaten bewertet wird, deren Regierungen die Convention Against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (das Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, s. unter <http://www.antifolterkonvention.de/uebereinkommen-gegen-folter-und-andere-grausame-unmenschliche-oder-erniedrigende-behandlung-oder-strafe-3149/>) ratifiziert haben, das vor drei Jahrzehnten in Kraft trat.

In dem Report wird mit einer langen Liste von Menschenrechtsverletzungen auch eine Großmacht angeklagt wegen

- der Weigerung, Offizielle zur Rechenschaft zu ziehen, die Folterungen von Gefangene anordnen oder durchführen (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP07113_280513.pdf),
- der unbegrenzten Inhaftierung von Gefangenen ohne Gerichtsverhandlung oder andere gerichtliche Verfahren und ohne jede Hoffnung auf Freilassung (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP10613_020813.pdf),
- der Verschleppung von Personen im Ausland und deren Folterung in Geheimgefängnissen (weitere Infos dazu s. unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_06/LP04706_280406.pdf http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_06/LP09106_290806.pdf http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP15112_240812.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP02114_050214.pdf),
- der Genehmigen eines Handbuches für die Befragung von Gefangenen, das Verhörmethoden zulässt, die nach den Genfer Konventionen als Folter zu klassifizieren sind (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_05/LP04505_031205.pdf),
- der Inhaftierung von Einwanderern unter erniedrigenden Bedingungen und der Weigerung, sie als politisch Verfolgte anzuerkennen,
- der Verhängung der Todesstrafe gegen Hunderte von Gefangenen, von denen viele zu unterdrückten rassischen und ethnischen Minderheiten gehören und nachweislich unschuldig sind oder ungerecht behandelt wurden,

- der häufigen Unterbringung in Einzelhaft in Gefängnissen aller Art, was auch als Folter zu werten ist,
- schwerer Misshandlung von Jugendlichen, schwangeren Frauen und Wehrlosen in Polizeigewahrsam und in Gefängnissen,
- gewaltsamer Polizeieinsätze, besonders gegen junge Männer aus rassistischen und ethnischen Minderheiten und der Weigerung, Polizisten wegen Körperverletzung oder vorsätzlicher Tötung zu bestrafen.

Leser der World Socialist Web Site / WSWS wird es nicht überraschen, dass der Staat, dem diese Verbrechen vorgeworfen werden, weder China, Russland, der Iran oder ein anderes von der herrschenden Klasse der USA als Feind betrachtetes Land ist, sondern dass es die USA selbst sind. Der US-Regierung, die sich das Recht herausnimmt, jedes Land der Welt im Namen der "Menschenrechte" und der "Demokratie" zu drangsalieren, mit Sanktionen und Blockaden zu belegen oder zu überfallen, sind auch diese abscheulichen Verbrechen anzulasten.

Die Sprache des Berichts ist sowohl vorsichtig als auch bürokratisch und sehr darum bemüht, die Obama-Regierung für angebliche Verbesserungen zu loben, weil sie im Gegensatz zur Bush-Regierung auf illegale Verschleppungen und Foltermethoden wie Waterboarding (simuliertes Ertränken) verzichtete. Die Gesamtbilanz (der US-Vergehen) ist aber trotzdem vernichtend.

Der Report enthält auch einige schwere Vorwürfe. Das UN-Komitee gegen Folter wirft der US-Regierung vor, sich bei der Ratifizierung der Antifolterkonvention die weitere Anwendung einiger Methoden vorbehalten zu haben, die durch die Konvention verboten wurden, und kritisiert die Obama-Regierung, weil sie sich geweigert hat, diese "einschränkende Interpretation der Antifolterkonvention" rückgängig zu machen und die Folter durch ein Bundesgesetz zu verbieten.

Obama hat die Direktive der Bush-Administration über die Zulassung des Waterboardings und anderer Foltermethoden widerrufen; Bushs Anordnung, dass internationale Normen nur in Einrichtungen auf dem Boden der USA zu beachten sind, hat er aber bestehen lassen. Mit anderen Worten: in Geheimgefängnissen der CIA und der US-Streitkräfte im Ausland lässt er weiterhin foltern.

Der Bericht wirft der US-Regierung außerdem vor, "die Folterer und deren Komplizen, die für Folterungen verantwortlichen Befehlsgeber und die Juristen, die Folterungen zu rechtfertigen versuchten, bisher nicht angeklagt und nach erwiesener Schuld verurteilt und bestraft zu haben, wie es die Antifolterkonvention vorschreibt". In seiner Direktive "Nach vorne und nicht zurück schauen" habe Obama sogar rechtswidrig auf die Bestrafung der Folterer verzichtet (s. <http://www.theguardian.com/commentisfree/2012/aug/31/obama-justice-department-immunity-bush-cia-torturer>). Das politische Establishment der USA wird daran nichts ändern.

In dem Bericht wird auch auf den direkten Zusammenhang zwischen militärischer Gewalt im Ausland und militarisierter Polizeigewalt in den USA selbst aufmerksam gemacht. Dabei wird die rassistische Komponente aber zu sehr betont. Der Bericht verurteilt nur "das rassistisch geprägte Verhalten der Polizei und der Einwanderungsbehörden und die wachsende Militarisierung der Polizeiarbeit". Ein Sprecher des Komitees erklärte, man sei sehr besorgt "über den häufigen, oft tödlichen Schusswaffengebrauch gegen unbewaffnete schwarze Personen".

Der Report ist das Ergebnis einer dreiwöchigen Beratung in Genf, bei der auch die Eltern von Michael Brown – dem unbewaffneten 18-jährigen Afroamerikaner, der am 9. August in Ferguson im Staat Missouri von dem (weißen) Polizisten Darren Wilson erschossen wurde – befragt wurden. Vier Tage vor der Veröffentlichung des Berichtes hat eine Grand Jury (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Grand_Jury) im St. Louis County alle Anklagepunkte gegen den Polizisten, der geschossen hatte, zurückgewiesen.

Wichtig ist auch, dass die Veröffentlichung des UN-Reports auf dem Höhepunkt der sich schon lange hinziehenden Bemühungen des Weißen Hauses und der CIA erfolgte, einen vom Senat in Auftrag gegebenen umfassenden Bericht über Folterungen in CIA-Geheimgefängnissen zwischen 2002 und 2006 zu unterdrücken. Der über 6.000-seitige Bericht war bereits vor zwei Jahren fertig, die CIA hat bisher aber sogar die Veröffentlichung einer zensierten zusammenfassenden Version von nur 500 Seiten verhindert und will das Dokument noch weiter gekürzt haben, bis es völlig nichtssagend ist.

Zwei Tage vor der Veröffentlichung des UN-Reports richteten sieben UN-Menschenrechtsexperten einen offenen Brief an Obama, in dem sie ihn freundlich bis unterwürfig um "die möglichst vollständige Freigabe" des CIA-Folter-Berichts des Senates baten und ihn gleichzeitig darauf hinwiesen, dass seine das Dokument betreffende Entscheidung "weitreichende Folgen für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen überall auf der Welt und für die Glaubwürdigkeit der USA habe".

Bisher hat das Weiße Haus allerdings gemeinsam mit der CIA mit allen Mitteln versucht, die Veröffentlichung des Dokumentes zu verhindern. Genauer gesagt, hat das Weiße Haus die Anweisungen der CIA sogar immer gehorsam befolgt. Auf Wunsch der Senats-Ermittler waren die in dem Bericht erwähnten Namen von CIA-Agenten durch Pseudonyme ersetzt worden, um die Folterer zu schützen; die CIA hat dann zusätzlich die Schwärzung der in dem Dokument verwendeten Pseudonyme verlangt. Das Magazin *Foreign Policy* (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Foreign_Policy) berichtete letzte Woche, das Weiße Haus habe sich der Freigabe einer Zusammenfassung des 6.300-seitigen Senatsberichts über das Inhaftierungs- und Befragungsprogramm der CIA "entschieden widersetzt". Ein Senatsmitarbeiter hat gegenüber dem Magazin erklärt: "Wir sind gerade dabei, die Arbeit abzuschließen und könnten den Bericht gleich nach Thanksgiving (s. dazu auch <http://de.wikipedia.org/wiki/Thanksgiving>) veröffentlichen. Aber trotz der Tatsache, dass nun auch die Anzahl der Pseudonyme in dem Bericht drastisch reduziert wurde, widersetzt sich das Weiße Haus immer noch und verschleppt die Freigabe auch weiterhin."

Ein weiterer Faktor ist der Wechsel der Mehrheit im Senat, die im Januar an die Republikanische Partei übergeht. Dann wird der (republikanische) Senator Richard Burr aus North Carolina Vorsitzender des Geheimdienstausschusses; der hat sich bisher allen Veröffentlichungen über die Aktivitäten der CIA widersetzt, auch wenn die als verbrecherisch einzuschätzen waren. Wenn sich die Rangelei um die Freigabe des Berichts bis Januar hinzieht, kann die neue republikanische Mehrheit den Bericht ganz zurückziehen und den Demokraten diese unangenehme Entscheidung abnehmen.

Dabei werden in dem gefürchteten Senatsbericht noch nicht einmal fundierte Vorwürfe gegen die CIA erhoben. Rechtsanwälte von Guantanamo-Häftlingen, die dutzende Male durch Waterboarding gefoltert wurden, haben beklagt, dass ihre Mandaten nie von Senatsermittlern befragt wurden. Mit anderen Worten, der Senatsbericht enthält nur Aussagen der Folterer und ihrer Befehlsgeber, aber keine Angaben der Folteropfer. In dem Bericht sollen auch keinerlei Beschuldigungen gegen Führungspersonen in (den Ministerien,) den Streitkräften und den Geheimdiensten erhoben werden, die Folterungen gerechtfertigt und angeordnet haben.

Dass sogar ein Dokument mit ganz vielen Schwärzungen und Kürzungen nicht veröffentlicht werden soll, ist bezeichnend für die Zerstörung und den Zusammenbruch der Demokratie in den USA. Die herrschende US-Elite ist unfähig, die Geschehnisse während eines Zeitraums aufzuklären, in dem, wie Obama zugegeben hat, " wir einige Leute gefoltert haben". Diese Verzögerungs und Vertuschungstaktik ist nur damit zu erklären, dass sich der gesamte US-Staatsapparat darauf vorbereitet, mit ähnlichen Methoden einen in den USA selbst befürchteten Aufstand junger Menschen aus der Arbeiterklasse niederzuschlagen.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

World Socialist Web Site

Published by the International Committee of the Fourth International (ICFI)

UN report documents torture, police violence in US

By Patrick Martin

29 November 2014

The United Nations Committee Against Torture issued a lengthy report today assessing the performance of the 156 countries whose governments have ratified the Convention Against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment, which took effect two decades ago.

The report subjected a major country to a wide-ranging critique, indicting it for a long list of human rights violations including:

- Refusal to prosecute officials who engage in or sanction torture of prisoners
- Detaining prisoners indefinitely without trial or other judicial proceeding, or any hope of release
- Kidnapping individuals overseas and torturing them in secret prisons
- Approving a manual for interrogation of prisoners that includes methods classified as torture under the Geneva Conventions
- Imprisoning immigrants under degrading conditions and refusing to acknowledge their claims as refugees fleeing persecution
- Imposing the death penalty on hundreds of prisoners, many of them from oppressed racial and ethnic minorities, many of them demonstrably innocent or unfairly tried
- Widespread use of solitary confinement, considered a form of torture, at all levels of the prison system
- Severe abuse of juveniles, pregnant women and other vulnerable groups both in police custody and in prisons
- Maintaining a regime of police violence, particularly against young men from racial and ethnic minorities, and refusing to restrain or punish police who kill, wound or torture

It will not come as any surprise to readers of the WSWS that the country named is not China, or Russia, or Iran, or some other target of the American ruling class, but the US itself. The government that claims the right to bully, blockade, and attack any country in the world in the name of "human rights" and "democracy" is guilty of the most heinous crimes.

The language of the report is both cautious and bureaucratic, and there are strained efforts

to congratulate the Obama administration on alleged improvements, compared to the Bush administration, on such practices as extraordinary rendition and waterboarding. But the overall impact of this indictment is damning.

There are some significant revelations. The committee notes that the US government had filed reservations to the Convention on Torture at the time of ratification, indicating that some practices condemned by the treaty would continue, and that the Obama administration has refused to alter this “restrictive interpretation” of the anti-torture treaty or introduce a prohibition of torture into federal law.

The Obama administration has revoked Bush administration legal opinions declaring that waterboarding and other forms of torture were permissible, but it has not done the same to Bush-era claims that the US is obliged to observe international norms only at facilities within US borders, not at detention facilities on the soil of other countries. In other words, the legal basis for torture at secret CIA and military prisons still remains fully in effect.

The report also notes that the US government is in violation of its commitment under the Convention on Torture to “Ensure that alleged perpetrators and accomplices are duly prosecuted, including persons in positions of command and those who provided legal cover to torture, and, if found guilty, handed down penalties commensurate with the grave nature of their acts.” Obama directly repudiated this legal obligation, in his directive to “look forward, not backward” on allegations of torture.

While this remains a closed book to the American political establishment, the report underscores the seamless connection between military violence overseas and militarized police violence at home—though its criticisms are couched largely in racial terms. It condemns “racial profiling by police and immigration offices and growing militarisation of policing activities.” A spokesman said the committee members “voiced deep concern at the frequent and recurring police shootings in fatal pursuit of unarmed black individuals.”

The document is the product of a three-week session in Geneva that included testimony from the parents of Michael Brown, the unarmed 18-year-old African-American who was shot to death by Ferguson, Missouri police officer Darren Wilson on August 9. The report was made public four days after a St. Louis County grand jury whitewashed the killing and dismissed all charges against the killer cop.

The timing of the report is also significant, coming at the culmination of the protracted effort by the White House and CIA to suppress a major US Senate report on torture at CIA secret prisons between 2002 and 2006. The 6,000-page report was completed two years ago, but release of even a censored version of its 500-page executive summary has been blocked by CIA demands that so much of the document be redacted that it is almost incomprehensible.

Two days before the report was made public, seven UN human rights experts issued an open letter to Obama that, while couched in friendly, even obsequious language, called for “the fullest possible release” of the CIA torture report and warned that Obama’s decision on the document would have “far-reaching consequences for victims of human rights violations everywhere and for the credibility of the United States.”

The White House, however, has worked closely with the CIA in suppressing the document. Or more exactly, the CIA made its demands, and the White House has followed suit obediently. After initially agreeing with Senate investigators to use pseudonyms to mask the names of CIA operatives, including the torturers, the agency is now demanding that even

the pseudonyms should be blacked out of the document. Foreign Policy magazine reported last week that the White House was “fiercely resisting the release of an executive summary of a 6,300-page Senate report on the CIA’s detention and interrogation program.” One Senate aide told the magazine, “Ideally, we should be closing ground and finalizing the last stages right now so that we can release the report post-Thanksgiving. But, despite the fact that the committee has drastically reduced the number of pseudonyms in the report, the White House is still resisting and dragging this out.”

An additional factor is the impending takeover of the Senate by the Republican Party in January. Senator Richard Burr of North Carolina, who would become chairman of the Intelligence Committee once the Republicans take control, is on record as opposing any public release of any information on CIA activities, regardless of their criminal nature. If the wrangling over release of the report is prolonged another month, the new Republican majority may well vote to withdraw the report entirely, saving the Democrats from having to do the job themselves.

The Senate report is hardly a real indictment of the CIA. Lawyers for the Guantanamo Bay prisoners who were waterboarded dozens of times say that Senate investigators never took testimony from them. In other words, the only account of the torture comes those who participated in the torture, or sanctioned it, not from those who were its victims. It also reportedly does not level any accusations against the top executive, military and intelligence officials who drew up and sanctioned the criminal policy.

That even such a document, with thousands of lines blacked out and vital information withheld, cannot be made public, speaks volumes about the decay and collapse of American democracy. The US ruling elite is incapable of coming clean about the period when, as Obama admitted, “We tortured some folks.” That is because the entire state apparatus is preparing for the use of similar methods against a much-feared upheaval among workers and young people at home.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern